



Fokus: Green Economy

Was heißt Green Economy?

International werden derzeit unterschiedliche Konzepte und Ansätze einer Green Economy diskutiert, eine einheitliche Definition gibt es nicht. Allgemein anerkannt wird die Multi-Dimensionalität von Entwicklung. Entsprechende Strategien und Ansätze verfolgen sozial inklusives und gleichberechtigtes wirtschaftliches Wachstum bei gleichzeitig nachhaltigem Management der natürlichen Ressourcen.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) definiert Green Economy als Wirtschaftsweise, die „menschliches Wohlergehen steigert und soziale Gerechtigkeit sicherstellt, während gleichzeitig Umweltrisiken und Ressourcenverlust erheblich verringert werden“. Vereinfacht ausgedrückt, kann Green Economy demnach als wenig Kohlendioxid produzierendes, ressourceneffizientes sowie sozial inklusives und gerechtes Wirtschaften verstanden werden. Öffentliche und private Investitionen fließen im Rahmen von Green Economy vor allem in Maßnahmen, die Kohlendioxid-Emissionen und andere Umweltverschmutzungen senken, die Energie- und Ressourceneffizienz erhöhen und die Verringerung der Artenvielfalt und Umweltdienstleistungen verhindern. Dabei geht es insbesondere um die Unterstützung jener Sektoren und Regionen, in denen arme, benachteiligte und verwundbare Bevölkerungsgruppen leben und tätig sind.

Diese Grundsätze sind nicht neu. Bereits in den 1970er-Jahren wurde die Bedeutung der Wechselwirkungen zwischen Entwicklung und Umwelt diskutiert; 1992 rückte die Konferenz der Vereinten Nationen (UN) in Rio das Prinzip der „nachhaltigen Entwicklung“ als Balance zwischen Wirtschaft, Sozialem und Umwelt (wodurch die Bedürfnisse gegenwärtiger wie künftiger Generation gewahrt werden) in den Mittelpunkt des internationalen politischen Diskurses. Angesichts der Wirtschaftskrise und des Klimawandels ist dieser Diskurs heute aktueller denn je. Green Economy mit jeweils an das entsprechende Land angepassten Ansätzen wird im Abschlussdokument der UN-Konferenz für nachhaltige Entwicklung (Rio+20) als unabdingbar für die Erreichung nachhaltiger Entwicklung erwähnt.

Die Europäische Union bekennt sich mit den Ratsschlussfolgerungen vom Oktober 2011 zu Green Economy. Diese haben die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zum Ziel und betonen die Bedeutung des Privatsektors für die Transformation zu Green Economy.

Die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) spricht in diesem Zusammenhang von Green Growth. Als Grundelemente für die Umsetzung von Green Growth werden Kostenwahrheit und Preissteuerung (Right pricing is the key) genannt, wobei entsprechende Infrastrukturinvestitionen (vor allem im Energie-, Verkehrs- und Wasserbereich), Innovationsförderung sowie die Schaffung von Green Jobs vorgesehen sind.

Elemente von Green Economy

Wie kann eine Form wirtschaftlicher Entwicklung erreicht werden, die schonend mit den natürlichen Ressourcen umgeht, möglichst wenig Umweltbelastungen verursacht und zu nachhaltiger Entwicklung und damit zu Armutsminderung und sozialer Gerechtigkeit beiträgt? Wie kann eine grundlegende Transformation zu Green Economy erreicht werden?

Politik, Privatwirtschaft und Gesellschaft stehen vor der Herausforderung, die Idee von Green Economy in konkretes und glaubwürdiges Handeln umzusetzen. Eine ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaft erfordert einen grundlegenden Transformationsprozess im Denken und Handeln aller AkteurInnen. Dabei ist essenziell, die Anliegen, Interessen und Prioritäten von Frauen und Männern sowie von armen, benachteiligten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen gleichberechtigt mit einzubeziehen. Nur wenn die umfassende/durchgehende Berücksichtigung dieser Anliegen gelingt, kann das Konzept erfolgreich sein.

Institutionen und Rahmenbedingungen für Green Economy

Green Economy benötigt förderliche Rahmenbedingungen und effiziente Institutionen. Diese bestimmen wesentlich über das Ausmaß und die Geschwindigkeit wirtschaftlicher Entwicklung sowie darüber, ob und inwieweit diese ökologisch nachhaltig, sozial inklusiv und pro-poor angelegt ist. Der Ordnungsrahmen als staatliches Anreiz- und Sanktionssystem muss sicherstellen, dass Wachstumsimpulse entstehen und ökologische Nachhaltigkeit sowie soziale Gerechtigkeit bei Produktions-, Investitions- und Konsumententscheidungen berücksichtigt werden. Folgende Grundprinzipien sollten dabei gelten:

- **Marktprinzip und Wettbewerb:** Funktionierende Märkte sind eine notwendige Voraussetzung für Ökonomie. Entsprechende Rahmenbedingungen und Institutionen müssen den Wettbewerb um die besten Lösungen fördern und Unternehmen, lokalen AkteurInnen und Institutionen den notwendigen Spielraum verschaffen, damit sich diese auf die neuen Herausforderungen einstellen können. Unzweifelhaft besitzen Märkte verschiedene Mängel, die einer Regulierung bzw. Korrektur bedürfen.

Wichtige Beispiele dafür sind das Verbot von bestimmten Substanzen oder Praktiken, die Definition von Emissions- und Immissionsgrenzwerten oder die Festlegung von öffentlichen Abgaben und deren armutsorientierte Verteilung. Auch im Rahmen der Raumordnungs- und Landnutzungsplanung kann effizientes Haushalten mit den vorhandenen Ressourcen und verfügbaren Energien unterstützt werden. Gesicherte Besitz- und Landnutzungsrechte machen die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen attraktiv. Eingriffe haben jedoch kohärent zu erfolgen. Dies gilt insbesondere für die Steuer- und Förderpolitik. Ein Beispiel wäre, Subventionen für fossile Brennstoffe zu streichen. Aber auch im öffentlichen Beschaffungswesen sollte in Kohärenz mit den sozialen und ökologischen Zielen entschieden werden.

- **Transparenz und Teilhabe:** Mehr Transparenz und inklusive Teilhabe an den Planungs- und Entscheidungsprozessen begünstigen die Transformation zu Green Economy. Mehr Transparenz schaffen Zertifizierungen zum Nachweis der Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards – zum Beispiel die Zertifizierung von nachhaltig erzeugtem Holz (etwa nach den Kriterien des Forest Stewardship Council/FSC) oder von Produkten aus Entwicklungsländern nach Fairtrade-Kriterien, die bessere Konditionen für die lokalen ProduzentInnen garantieren. Außerdem sollten Unternehmen ökologische und soziale Aspekte in ihren Finanz- und Investitionsentscheidungen offenlegen. Zudem braucht es eine umfassende Teilhabe und gleiche Chancen für alle, damit sich auch sozial schwächere und benachteiligte Bevölkerungsgruppen und Länder am Transformationsprozess beteiligen können.

Green Economy erfordert einen ganzheitlichen Politikansatz und betrifft nicht allein die Wirtschaftspolitik. So ist auch die Bildungspolitik bei der Transformation zu Green Economy gefordert. Denn Green Economy schafft nicht nur Arbeitsplätze, sie macht auch neue Qualifikationen erforderlich. Besonders wichtig sind daher der gleichberechtigte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten und eine sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik.

Insgesamt bedarf es auf allen Ebenen (national wie lokal) einer effizienten öffentlichen Verwaltung, die den Prinzipien guter Regierungsführung Rechnung trägt. Diese muss die Beteiligung der zivilen Gesellschaft an Planungs- und Entscheidungsprozessen, den gerechten Zugang zu den Ressourcen und die gerechte Verteilung der Einkünfte – beispielsweise aus der Nutzung der natürlichen Ressourcen – gewährleisten. Insbesondere ist darauf Bedacht zu nehmen, dass es zu keiner Korruption oder illegitimen Vereinnahmung durch Eliten kommt und dass die Interessen der armen, benachteiligten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen geschützt werden.

Die Entwicklungszusammenarbeit kann förderliche Rahmenbedingungen und effiziente Institutionen für Green Economy in den Partnerländern unterstützen, indem sie die Kapazitäten der relevanten Akteurlinnen auf allen Ebenen stärkt, die Zivilgesellschaft und den Privatsektor für die Beteiligung an Entscheidungsprozessen ermächtigt, die Zusammenarbeit mit Wissenschaft und Forschung fördert und den Aufbau von Netzwerken für regelmäßigen Austausch und gemeinsames Lernen unterstützt.

Herausforderung und Chance für den Privatsektor

Der Privatsektor muss ein wesentlicher Motor von Green Economy sein. Nur durch private Investitionen und Innovationen kann die Transformation auch wirklich erreicht werden. Neue und kostengünstige Technologien werden gebraucht, um die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch zu bewerkstelligen. Neue Geschäftsmodelle werden benötigt, um ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Wachstum zu erreichen. Eine Transformation kann sich nur dann auf breiter Basis durchsetzen, wenn sie aus unternehmerischem Eigeninteresse erfolgt. Besonders attraktiv wird sie für Unternehmen, wenn sich diese durch gerechte Arbeitsbedingungen, Ressourceneffizienz, Investitionen in den Schutz und die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen einen Wettbewerbsvorteil erarbeiten können.

Die Entwicklungszusammenarbeit kann hier einen Beitrag leisten, indem sie das Wissen und die Fähigkeiten nationaler Unternehmen, lokaler Institutionen und Personen fördert und spezifische Beratungsdienstleistungen unterstützt, wie etwa nachfrageorientierte Business Development Services (BDS). Wertschöpfungsketten, die große und kleinere Unternehmen verbinden, bieten ebenfalls Ansatzpunkte. Auch die eigenständige Entwicklung und Verbreitung von Technologien und Innovationen in den Partnerländern werden gefördert. Die Entwicklungszusammenarbeit kann im Rahmen der Kooperation mit dem privaten Sektor die Anwendung von Umweltmanagementsystemen, die Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifizierung, Lebenszyklusanalysen oder die Bewertung sozialer Auswirkungen fördern.

Veränderte Messgrößen und Inwertsetzung von Umweltleistungen

Die heute üblichen makroökonomischen Messgrößen für wirtschaftliches Handeln, wie zum Beispiel das Bruttoinlandsprodukt (BIP), lassen Umweltschäden und die Zerstörung der natürlichen Ressourcen, die längerfristig hohe Folgekosten verursachen können, außer Acht. Die Integration dieser Kosten und die umfassende ökonomische, soziale und kulturelle Bewertung von Umweltleistungen und natürlichen Ressourcen gehören deshalb zu den zentralen Prinzipien des Übergangs zu Green Economy. Gleiches gilt für die Beschäftigung mit Verteilungsfragen in Politik und Wirtschaft.

Eine konkrete alternative oder ergänzende ökonomische Messgröße zum BIP ist der „ökologische Fußabdruck“. Dieser stellt den Ressourcenverbrauch und die Umweltverschmutzung der ökologischen Tragfähigkeit oder Biokapazität eines Landes bzw. einer Region gegenüber. Ein anderes Beispiel ist der sogenannte Genuine Savings- bzw. Adjusted Net Savings-Indikator, der ebenfalls die Kosten von Ressourcenverbrauch und Verschmutzung in die Wohlstandsberechnung integriert. Diesem Indikator folgend wurden Umweltbuchhaltungssysteme entwickelt, die auch in Entwicklungsländern vermehrt angewendet werden

Auch zur Unternehmensbewertung haben in der Green Economy „extrafinanzielle“ Indikatoren große Bedeutung. Sie können helfen, sowohl unternehmerische Risiken als auch Werttreiber ganzheitlich zu erkennen und zu verstehen. Nachhaltiges Investment, das neben den wirtschaftli-

chen Anlagezielen auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt, ist bereits heute nicht nur für Nichtregierungsorganisationen (NRO), sondern auch für ausländische Investoren und KundInnen von zunehmendem Interesse.-

Die strategische Initiative Global Compact der Vereinten Nationen richtet sich an Unternehmen, die sich verpflichten, in ihren Geschäftstätigkeiten Prinzipien aus den Bereichen Menschenrechte, Arbeitsnormen, Umweltschutz und Korruptionsbekämpfung zu berücksichtigen. Auch haben zahlreiche Investoren und Analysten die Prinzipien der Vereinten Nationen für verantwortungsvolle Investitionen (UNPRI) unterzeichnet – es handelt sich dabei um eine Initiative der Finanz-Initiative des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP FI) und des Global Compact. Damit verpflichten sich die UnterzeichnerInnen, „extrafinanzielle“ Leistungen in ihre unternehmerischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

Veränderte Messgrößen zeigen Umweltleistungen und -kosten auf, die bisher unberücksichtigt blieben. Dadurch schaffen sie erhöhtes Bewusstsein und handfeste ökonomische Argumente für Investitionen in Umweltschutz. Sie können auch die Basis für Kompensationssysteme und Instrumente bilden, die die Erhaltung und nachhaltige Nutzung von Umweltleistungen auch finanziell abgelden (Payment for Ecosystem Services/PES), und attraktiveres Einkommen bringen als kurzfristige Ressourcenausbeutung. Gute Erfahrungen mit PES gibt es unter anderem im Wassereinzugsgebiets- und Waldschutz. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass insbesondere Frauen, die oft in Entwicklungsländern eine bedeutende Rolle für die Auf- bzw. Wiederaufforstung spielen, bisher kaum davon profitiert haben.

Die bisher umfassendste Initiative, die Grundlagen dazu ausarbeitete, ist The Economics of Ecosystems and Biodiversity (TEEB). Diese bildet einen Meilenstein in der Weiterentwicklung von methodischen und politisch-strategischen Ansätzen, wie Ökosysteme und deren Nutzen für die Menschheit – als Nahrungslieferant, Schutz, Erholungsraum und vieles mehr – in Wert gesetzt werden können.

Ein Beispiel für PES auf globaler Ebene ist Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation (REDD++). Dieser Finanzierungsmechanismus der UN-Klimarahmenkonvention sieht Kompensationszahlungen an Entwicklungsländer vor, die ihre Wälder zugunsten des globalen Klimas schützen und auf potenzielle Erlöse aus der Abholzung oder Umwandlung in Agrarland verzichten. Ein Mangel dieses Instruments ist aber, dass traditionelle, gemeinschaftliche Zugangs- und Nutzungsrechte oft unberücksichtigt und damit die lokale Bevölkerung von möglichen Kompensationszahlungen ausgeschlossen bleibt.

Finanzierung von Green Economy-Maßnahmen

Eine globale ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Wirtschaftstransformation benötigt auch finanzielle Ressourcen. Staatliche Förderungen sind dafür notwendig, auch wenn der Großteil der finanziellen Investitionen schlussendlich durch den Privatsektor erfolgt.

Dies stellt insbesondere die Entwicklungsländer vor große Herausforderungen, da für die meisten Länder nationale Kapazitätsentwicklungsmaßnahmen in den diversen Sektoren, institutionelle Reformen, Maßnahmen zur Rehabilitierung und den Erhalt der Ökosysteme, der Aufbau von Förderinstrumenten etc. ohne die Partner der Entwicklungszusammenarbeit kaum realisierbar sind.

Was spricht für Green Economy in Entwicklungsländern?

Die Entwicklungsländer sind zur Bewältigung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen auf nachhaltiges und breites Wachstum angewiesen und in hohem Maße von der Nutzung der natürlichen Ressourcen abhängig. Besonders ländliche Gebiete sind unverändert von chronischer Armut und sozialer wie politischer Marginalisierung betroffen.

Nach wie vor nehmen die Treibhausgasemissionen und der Verbrauch der natürlichen Ressourcen weltweit zu. Der damit verbundene Klimawandel verursacht enorme Schäden und Kosten, vor

allem in Entwicklungsländern, die nur über geringe Mittel verfügen, um angepasste Strategien zur Bewältigung der Auswirkungen zu erarbeiten und umzusetzen. Der Lebensunterhalt des Großteils der Bevölkerung, darunter insbesondere Frauen und arme, benachteiligte und verwundbare Bevölkerungsgruppen, hängt von der Land- und Forstwirtschaft sowie der Viehzucht und Fischerei ab. Für diese Menschen ist die Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen, die an sich bereits enorme volkswirtschaftliche Kosten verursacht, besonders belastend. Bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten treffen insbesondere Frauen, die rund zwei Drittel der von Armut betroffenen Bevölkerung weltweit ausmachen. Frauen produzieren beispielsweise in Afrika rund 80 Prozent der Nahrungsmittel, besitzen jedoch nur rund 1 Prozent der Landflächen.

Ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Wachstum, das entkoppelt von Ressourcenverschleiß und Umweltbelastungen stattfindet, der Schutz von Ökosystemleistungen, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, gleichberechtigte Zugangs-, Besitz- und Nutzungsrechte sowie die gerechte Verteilung der Gewinne sind daher besonders wichtig. Sie bilden die Basis für langfristige Produktionssicherung, Ernährungssicherheit und Einkommensgenerierung. Sie erhöhen die Widerstandskraft gegenüber den Auswirkungen der Klimavariabilität und anderen Naturkatastrophen.

Handlungsansätze für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Das Thema Green Economy fasst mehrere für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) relevante Anliegen zusammen: ökologische Nachhaltigkeit, ökonomisches Wachstum und soziale Gerechtigkeit. Es berührt damit direkt zwei der drei grundlegenden Ziele der OEZA (Armut mindern, Frieden sichern und Umwelt erhalten).

Ökonomisches Wachstum

Wachstum ist eine wichtige Voraussetzung für Armutsminderung. Private Unternehmen und (Klein)bäuerInnen in Entwicklungsländern haben jedoch mit der Wettbewerbsfähigkeit auf nationalen und internationalen Märkten zu kämpfen. Verbesserte Rohstoff-, Wasser- und Energieeffizienz können maßgeblich dazu beitragen, dass die Produktionskosten gesenkt werden. Investitionen in die Qualität der Produkte und Dienstleistungen sowie in die Umsetzung von sozialen Regelungen (etwa zu Arbeitszeiten und Entlohnung) und Umweltstandards erhöhen die Marktchancen. Über die Förderung von Ökotourismus und ökologischer Landwirtschaft bieten sich Möglichkeiten in wachsende wirtschaftliche Nischen einzusteigen. Die ärmsten Entwicklungsländer haben auf dem weltweiten Markt in diesen Wirtschaftszweigen bisher einen bedeutend geringeren Anteil als ihrem Potenzial entspricht.

In der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung trägt insbesondere die Berücksichtigung der Bedürfnisse, Interessen und Potenziale kleinbäuerlicher Familienbetriebe zur Sicherung der Ernährung und zur Schaffung von Einkommen (durch die Vermarktung der Produkte auf lokalen Märkten sowie die Erschließung möglicher Märkte durch Zertifizierungen) bei. Durch gezielte Investitionen in Produktion und Vermarktung werden Wertschöpfungsketten, insbesondere die lokale Wertschöpfung, gefördert. Dies wird unter anderem durch die Zusammenarbeit und Vernetzung von AkteurInnen des öffentlichen und privaten Sektors und der Zivilgesellschaft unterstützt. Die Stärkung der Kapazitäten aller AkteurInnen sowie die Entwicklung von Lösungsstrategien entlang der Wertschöpfungsketten spielen dabei eine entscheidende Rolle. Aber auch Investitionen in Basisinfrastruktur für die Lagerhaltung und Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten sind wichtig, da die Vermeidung immenser Nachernteverluste zur Ressourceneffizienz beiträgt.

Nachfrageorientierte Beratungsdienstleistungen und die Vermittlung relevanter Informationen (z.B. über Innovationen) an ProduzentInnen sowie gute die Abstimmung und Vernetzung mit Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützen die Umstellung auf Green Economy. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei Berufsbildung ein: Wo ressourcenschonendes Wirtschaften oder der Einsatz moderner grüner Technologien bereits in den Lehrplänen verankert wird, entstehen neue Möglichkeiten für Beschäftigung und Einkommen.

Ökologische Nachhaltigkeit

Auf den nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen durch die Förderung lokaler Landnutzungspläne, integrierten Wassermanagements oder ökologischer Landwirtschaft legt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit ebenso Wert wie auf die Verbreitung erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Energieeffizienz. Investitionen in erneuerbare Energien werden angesichts der steigenden Kosten für fossile Brennstoffe und aufgrund der Notwendigkeit, die den Klimawandel verursachenden Treibhausgasemissionen zu limitieren, zunehmend attraktiv. Wenn saubere erneuerbare Energiequellen außerdem Brennholz und Kerosin zum Kochen und für Beleuchtung ersetzen und so die Rauch- und Rußbelastung in den Häusern reduzieren helfen, wirkt sich dies auch positiv auf die Gesundheit aus – besonders von Frauen und Kindern. Die Förderung alternativer, erneuerbarer Energien bietet aber nicht nur Chancen, sondern auch Risiken: Z.B. kann der Anbau von Agrartreibstoffen zum Verlust von Besitz- und Nutzungsrechten und zu zunehmender Ernährungsunsicherheit führen. Zusätzlich muss im traditionell eher männlich geprägten Energiesektor besonders darauf geachtet werden, dass auch Frauen in Entscheidungsstrukturen mit eingebunden werden und ihr Zugang zu neuen Technologien sichergestellt wird.

Soziale Gerechtigkeit

Die durchgängige Berücksichtigung von sozialer Gerechtigkeit ist essenziell, damit alle Frauen und Männer in gleicher Weise von den Vorteilen von Green Economy profitieren können. Dies betrifft bestehende Eigentums-, Nutzungs- und Kontrollrechte über natürliche Ressourcen (wie etwa Land, Wasser), den gleichberechtigten Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Dienstleistungen und Inputs, vor allem zu neuen Technologien, sowie den gleichberechtigten Nutzen der Gewinne. Dies erfordert unter anderem die Entwicklung der Kapazitäten der AkteurInnen und Institutionen auf allen Ebenen (national – lokal) sowie das Empowerment (Ermächtigung) von Frauen und anderen benachteiligten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen, um eine inklusive Beteiligung an Planungs- und Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Darüber hinaus ist die Einhaltung sozialer und arbeitsrechtlicher Standards notwendig, um dem Anspruch sozialer Verträglichkeit und Inklusion Rechnung zu tragen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt auch Systeme zur sozialen und wirtschaftlichen Absicherung von armen, benachteiligten und verwundbaren Bevölkerungsgruppen (etwa Sozialtransfers, Ernerversicherung), um deren Widerstandskraft gegen Krisen zu erhöhen.

Geber-Harmonisierung und politischer Dialog mit den Partnerländern

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit beteiligt sich an diversen Plattformen zum Austausch von Erfahrungen und Wissen über Green Economy. Unter anderem ist sie im Donor Committee for Enterprise Development (DCED) oder in der Arbeitsgruppe Green Growth and Poverty Reduction des Entwicklungshilfeausschusses der OECD vertreten.

Neben diesem internationalen Austausch bringt sich die OEZA in ihren Partnerländern in den politischen Dialog ein. Dies betrifft insbesondere Erarbeitungsprozesse von Politiken und Strategien, die Mechanismen von Entscheidungsprozessen, die Verteilung von Ressourcen und Einkünften sowie die Frage der Partizipation aller Bevölkerungsgruppen an diesen Prozessen.

Programme und Projekte der OEZA

Himalaya: Mit Bienen verdienen

Von der Landwirtschaft lässt sich in der Himalaya-Region mehr schlecht als recht leben. Zur Aufbesserung ihrer Haushaltseinkommens setzen daher immer mehr Bäuerinnen und Bauern auf den Verkauf von Bienenprodukten. Wegen höherer Erträge wurde vor Jahren die europäische Honigbiene eingeführt. Einheimische Bienenarten wurden verdrängt und damit auch das traditionelle Wissen der lokalen Bevölkerung. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit geht einen anderen Weg. Über das in Nepal ansässige International Center for Integrated Mountain Development (ICIMOD) unterstützt sie seit 1993 die Erforschung und Förderung der Imkerei mit der einheimischen Biene *Apis cerana*, die bereits vom Aussterben bedroht war. Die asiatischen Bienen haben viele Vorteile gegenüber den exotischen europäischen Arten. Sie sind ökologisch besser angepasst und besitzen eine natürliche Resistenz gegenüber verschiedenen Krankheiten und Schädlingen. Auf teure chemische Krankheitsvorsorge kann daher verzichtet werden. Die *Apis cerana* trägt auch wesentlich zur Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Region bei. Sie fliegt bestimmte Pflanzen an, die von der importierten Honigbiene gemieden werden und daher vom Aussterben bedroht sind.

Das Projekt entwickelte sich im Lauf der Jahre zu einem integrierten Programm, das in allen Ländern der Himalaya-Hindukush-Region umgesetzt wird. Es umfasst den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten, Forschungen, (universitäre) Ausbildung der lokalen Bevölkerung, Lobbying für Bienenzucht- und Handlungsstrategien auf nationaler Politikebene.

Nicaragua: Ernährungssicherheit im Einklang mit der Natur

Die Gemeinde El Castillo/Boca de Sábalos im Südosten Nicaraguas ist eine der ärmsten Gemeinden des Landes. 40 Prozent der Gemeindefläche sind Naturschutzgebiet, um einen der vielfältigsten Regenwälder der Region zu bewahren. Der Bevölkerungsdruck auf die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und den Wald in der Gemeinde ist hoch. Waldwirtschaft hat traditionell keinen hohen Stellenwert, da Wald eher als Kulturhindernis gesehen wird und durch Abholzung bzw. Abbrennen für den Ackerbau nutzbar gemacht werden muss.

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt deshalb seit 2004 die Entwicklung und Anwendung ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Produktionsmethoden, die Stärkung unternehmerischen Wissens über die Verarbeitung und Vermarktung der Produkte und Organisationsentwicklung. Dadurch soll die Ernährungsgrundlage der kleinbäuerlichen Familien gesichert, Einkommen geschaffen und die natürlichen Ressourcen erhalten werden. Der wirtschaftliche und soziale Status der Frauen wird durch ein gezieltes Förderungsprogramm verbessert.

Nachhaltige, innovative landwirtschaftliche Beratungsdienstleistungen tragen dazu bei, die Produktivität sowie die Qualität der Produkte zu steigern. Dadurch können die vorhandenen Anbauflächen bestmöglich genutzt und das Voranschreiten der Agrargrenze bis an die Kernzone des Naturschutzgebietes aufgehalten werden. Ökologisch angepasste Holzpflanzen wie Kakao und Zimt liefern nicht nur international vermarktbar Produkte, sondern verbessern auch die Struktur der Anbauflächen und fördern damit die Biodiversität. Außerdem werden die Waldgebiete durch den nachhaltigen Anbau von Werthölzern und deren Verarbeitung in einem eigenen Sägewerk genutzt.

Usbekistan: Echt Bio mit der Kraft der Sonne

Die getrockneten Süß- und Sauerkirschen der Marap Handels GmbH stammen großteils aus Bio-Anbau in Usbekistan. Seit Jahren forciert Marap mit der Tochterfirma DP Silk Road Organic Foods und mehr als 150 KleinbäuerInnen den Anbau von Bio-Obst in der fruchtbaren, aber armen Region an der Seidenstraße. In der Gegend rund um die Stadt Samarkand wurde mit Unterstützung des Programms Wirtschaftspartnerschaften der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit eine CO₂-neutrale Solar- und Biomasse-Trocknungsanlage errichtet. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft werden damit Verarbeitungsabfälle wie Schalen oder Kirschkerne als Biomasse

genutzt. Diese neuartige Verarbeitungstechnologie macht die Landwirtschaft von der instabilen Energieversorgung unabhängiger. Mit der Qualifizierung zweier Installateur-Betriebe ermöglicht Marap darüber hinaus Folgeaufträge in ganz Zentralasien. Mit Vorteilen für alle: Die Lieferkette mit Bio- und Fairtrade-Produkten auf dem wachsenden Markt wird gesichert, Arbeit und ein sicheres Einkommen für die Menschen vor Ort geschaffen und die Umwelt geschont.

Ägypten: Solarenergie, das Öl des 21. Jahrhunderts

Sonnenreiche Länder wie Ägypten könnten in Zukunft ihren Energiebedarf weitgehend mit Solarthermik decken. Noch mangelt es aber an Know-how, geschulten Fachleuten und Bewusstsein für die umweltschonende Energieform. Pilotversuche mit Solaranlagen sind bisher im Wüstenstaat oft gescheitert. Denn Sandstürme und der hohe Salzgehalt der Luft machen empfindliche Kollektoren ohne fachgerechte Wartung in kürzester Zeit funktionsuntüchtig. Das soll sich ändern: Im Rahmen einer Wirtschaftspartnerschaft der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit werden europäische Solarsysteme bis 2014 an ägyptische Verhältnisse angepasst und zu erschwinglichen Preisen verfügbar sein. In Zusammenarbeit mit den österreichischen Solar-Spezialisten Sekem Energy GmbH und Pink GmbH aus der Steiermark, GREENoneTEC GmbH aus Kärnten sowie den ägyptischen Partnern SEKEM, E-Green und EcoEnergy stellen ExpertInnen ihr gebündeltes Know-how für Bildungsinstitutionen und Firmen vor Ort zur Verfügung. Fachkräfte werden geschult, damit künftig professionell installierte und gut gewartete Sonnenkollektoren ausreichend saubere Energie liefern. In Kooperationen mit lokalen Firmen sollen darüber hinaus die Produktion und der Vertrieb von Komponenten für Qualitäts-Solaranlagen in Ägypten aufgebaut werden.

Weiterführende Literatur/Informationsquellen

Adjusted Net Saving Indicator:

<http://web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/TOPICS/ENVIRONMENT/EXTEEI/0,,contentMDK:20502388~menuPK:1187778~pagePK:148956~piPK:216618~theSitePK:408050,00.html>

EU - Bericht der Europäischen Kommission zu Green Economy:

http://ec.europa.eu/environment/international_issues/pdf/rio/com_2011_363_en.pdf

EU Ratschlussfolgerungen für Rio+20:

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/envir/125027.pdf

FAO 2011: payments for ecosystem services and food security. ISBN 978-92-5-106796-3

Global Compact: <http://www.unglobalcompact.org/languages/german/index.html>

Global Green Growth Institute: <http://www.gggi.org/>

IUCN 2010 : Saving Biodiversity – an economic approach.

http://cmsdata.iucn.org/downloads/101252_uicn_24pp.pdf

OECD 2011: Towards Green Growth.

http://www.oecd.org/document/10/0,3746,en_2649_37465_44076170_1_1_1_37465,00.html

OECD/DAC guidelines and reference series 2008: Natural Resources and Pro-Poor Growth. The Economics and Politics. ISBN 978-92-64-04182-0

Ökologischer Fußabdruck : <http://www.footprintnetwork.org>

TEEB: <http://www.teebweb.org/>

UNCSD 2012 – outcome document: <http://www.uncsd2012.org/rio20/thefuturewewant.html>

UNEP 2011: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. ISBN 978-92-807-3143-9

UNEP/UNCTAD/UN-OHRLLS 2011: Why a Green Economy matters for the Least Developed Countries

UNESCAP: <http://www.greengrowth.org>

UNFFC – REDD: http://unfccc.int/methods_science/redd/items/4531.php

Worldbank: <https://www.wbginvestmentclimate.org/advisory-services/cross-cutting-issues/climate-change/green-growth.cfm>